

SPD Wietmarschen für Oberschule mit gymnasialem Zweig

Kritik an Eling

In der SPD-Fraktion des Gemeinderates Wietmarschen ist die örtliche Schulsituation immer wieder ein Thema. Durch verschiedene Veröffentlichungen und Diskussionsbeiträge im Schulausschuss, wurde das Thema eines gymnasialen Angebotes immer wieder angesprochen. Mit der in Kürze zu erwartenden Landtagsentscheidung zur Einführung einer neuen Schulform, nämlich der Oberschule, bieten sich auch für die Gemeinde Wietmarschen neue Möglichkeiten. „Die langjährige Forderung nach einem gymnasialen Zweig, scheint nun schneller realisierbar“, so Fraktionssprecher Hermann Nüsse (SPD). Bekanntlich liegt der Anteil der Kinder aus der Gemeinde Wietmarschen, die ein Gymnasium besuchen, unter dem Landes- und Kreisdurchschnitt. Ein attraktiver, gymnasialer Zweig vor Ort würde eine Verschiebung in der Wahl der Schulform bewirken.

Mit der Oberschule wird es einen Strukturwandel in der Schullandschaft geben. Die zurückgehenden Schülerzahlen an den Hauptschulen zeigen, dass diese Schulform immer weniger Akzeptanz findet. An der Hauptschule Wietmarschen mussten zum letzten Schuljahresbeginn, die Schuljahrgänge 5 und 6 zu einer Kombiklasse zusammengefasst werden. Mit Verwunderung konnte man einen Appell der Wietmarscher Bürgermeister an die Eltern zur Kenntnis nehmen, durch hohe Anmeldezahlen dafür zu sorgen, dass die Hauptschule in Wietmarschen eine Zukunft hat. Eine Empfehlung sollten die Lehrer geben und nicht die Politik, letztlich zählt der Elternwille.

Mit Erstaunen musste man feststellen, wie Bürgermeister Eling in einem Schreiben an die Ratsmitglieder, für den 14. Februar 2011 ein Informationsgespräch ankündigt. Regierungsschuldirektor Tiemann soll dort die Moderation über das Thema „Neue Schulstrukturreform“ übernehmen.

Zu dieser Veranstaltung sind eingeladen: Die Schulleitungen, die Vorstände der Schulelternräte, der Vorsitzende des Schul- und Kulturausschusses (CDU), Bürgermeister Eling (CDU). Eine Informationsveranstaltung kann nur begrüßt werden. Die gewählten Ratsmitglieder der anderen Parteien wurden nicht eingeladen.

„Sind die anderen Parteien nicht erwünscht“, fragt Schulausschussmitglied Annegret Schnieders (SPD)?

„Im Schulausschuss und im Gemeinderat müssen die Ratsmitglieder aller Fraktionen demnächst über die künftige Schulstruktur abstimmen. Die Vorgehensweise des Bürgermeisters ist eine Missachtung der gewählten Vertreter aus anderen Parteien. Dieses Vorgehen verhindert eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im Gemeinderat“, beklagte Annegret Schnieders.